

Die Zweigliedrigkeit ist Ausgangspunkt für die gemeinsame Schule für alle

JOACHIM LOHMANN

03.12.2011

INHALT

Die Zweigliedrigkeit setzt sich durch.....	2
Die Hauptschule ist am Ende	2
Zweigliedrigkeit ist nicht gleich Zweigliedrigkeit.....	2
Die Mittenschullösung wird zum CDU-Modell	3
Die Oberschullösung dringt nach vorn	4
Auch die anderen Strategien führen zur Zweigliedrigkeit.....	5
Die Zweigliedrigkeit beendet nicht die Strukturreformen	6
Die zweigliedrige Mittenschullösung ist instabil	6
Die Oberschullösung überwindet vertikale Elemente	7
Auch die Oberschullösung steht unter Reformdruck.....	9
Die Oberschulen werden die Konkurrenz bestehen	9
Politik ist die Bedingung für die gemeinsame Schule für alle	11
Schritte führen zur gemeinsame Schule für alle	13

Die Dreigliedrigkeit ist Geschichte, die Zweigliedrigkeit setzt sich durch. Wer die gemeinsame Schule für alle will, kommt an der Zweigliedrigkeit als Ausgangspunkt nicht mehr vorbei. Die Gefahr, dass die Konservativen die Zweigliedrigkeit zementieren können, ist gering. Sie werden kaum Erfolg haben, die Zweigliedrigkeit zu ideologisieren. Dies könnte am ehesten mit der zweigliedrigen Mittelschullösung gelingen, bei der zweigliedrigen Oberschullösung erscheint das ausgeschlossen. Eine Zementierung wird vor allem an der Wirklichkeit scheitern, denn die Zweigliedrigkeit ist ein instabiles System. Sie ist in Schritten zugunsten der gemeinsamen Schule für alle überwindbar.

DIE ZWEIGLIEDRIGKEIT SETZT SICH DURCH

DIE HAUPTSCHULE IST AM ENDE

In 10 Bundesländern ist die Hauptschule ausgelaufen, teilweise läuft sie noch aus, im Saarland ist die notwendige Verfassungsänderung beschlossen und in den verbleibenden 5 Ländern wird sie in Frage gestellt. Sie existiert nicht mehr in den Neuen Ländern, in den drei Stadtstaaten sowie in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein. In Hessen gibt es sie bis auf 4 eigenständige Hauptschulen nur noch im Verbund mit Realschulen; die Landesregierung bietet jetzt den Kommunen an, diese Verbundschulen zu Mittelschulen zu integrieren. Die Landesregierungen von Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ermöglichen den Schulträgern, keine Haupt- wie Realschulen mehr vorzuhalten, sondern sie in Schulen mit mehreren Bildungsgängen umzuwandeln. Selbst Bayern bietet den Schulträgern an, Hauptschulen in Schulen mit Haupt- und Realschulabschluss umzuwandeln, es kommt dort zu einer Mittelschule neben der Realschule.

ZWEIGLIEDRIGKEIT IST NICHT GLEICH ZWEIGLIEDRIGKEIT

Zu den 11 Ländern ohne Hauptschule kommen also weitere 4 Länder, in denen sie als Pflichtangebot für die Kommunen entfällt. Diese können stattdessen attraktivere Schulformen errichten. Das Schicksal der Hauptschule ist damit besiegelt. Die traditionelle Dreigliedrigkeit wird damit aufgehoben, es kommt zu neuen Schulstrukturen.¹

Das Auslaufen der Hauptschule führt nicht automatisch zur Zweigliedrigkeit, vielmehr entwickeln die Landesregierungen unterschiedliche Konzepte. Dennoch - die Zweigliedrigkeit ist die weitaus überwiegende neue Schulstruktur. Sie existiert in 9 der 16 Bundesländer.

Doch Zweigliedrigkeit ist nicht gleich Zweigliedrigkeit, die Unterschiede sind gravierend. Es bestehen zwei Hauptformen, zusätzlich existieren noch Varianten.

¹ Im Folgenden wird das Förderschulwesen ausgeklammert; denn die Chance für eine gemeinsame Schule für alle entscheidet sich nicht an der Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen, sondern an der Überwindung des Nebeneinanders von allgemeinen Schulformen. Allerdings wird die Idee der gemeinsamen Schule für alle unglaublich, wenn diese nicht auch die Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf integriert.

- Es gibt das zweigliedrige Vertikalsystem anstelle der bisherigen Dreigliedrigkeit. Neben dem Gymnasium gibt es statt der Haupt- und Realschule eine Mittelschule² mit Bildungsgängen zum Haupt- bzw. Realschulabschluss, aber nicht zur Hochschulreife. Die Mittelschule besitzt weder eine eigene gymnasiale Oberstufe noch kooperiert sie vertraglich mit einer gymnasiale Oberstufe, in die sie geeignete Schüler/innen versetzt. Diese Zweigliedrigkeit wird im Folgenden **zweigliedrige Mittelschullösung** genannt. In allen betreffenden Ländern bestehen in Konkurrenz zu der vertikalen Zweigliedrigkeit Gesamtschulen als ein integratives Schulangebot.
- Bei der anderen Form der Zweigliedrigkeit gibt es kein Nebeneinander von Schulformen mehr, die sich in den Bildungsgängen, deren Abschlüssen und Berechtigungen unterscheiden. Statt der vertikalen Diskriminierung von Schulformen gibt es eine Parallelstruktur, in der beide Schulformen – besser gesagt Schultypen – den gymnasialen Bildungsgang beinhalten und zu gleichen Abschlüssen und Berechtigungen führen. Dieses zweigliedrige Parallelsystem wird im Folgenden als **zweigliedrige Oberschullösung** bezeichnet wird.

DIE MITTELSCHULLÖSUNG WIRD ZUM CDU-MODELL

² Wie dargestellt unterscheidet sich die Namensgebung von Land zu Land. Um nicht zu verwirren, wird im Folgenden eine einheitliche Bezeichnung gewählt.

Namensgebung Zweigliedrigkeit					
05.10.2011					
zweigliedrige Mittelschullösung			zweigliedrige Oberschullösung		
	Namensgebung für Mittelschule	weitere allg. Schulformen		Namensgebung für Oberschule	weitere allg. Schulformen
Brandenburg	Oberschule	Gesamtschule, Gymnasium	Baden-Württemberg	Gemeinschaftsschule	Hauptschule, Realschule, Gymnasium
Mecklenburg-Vorpommern	regionale Schule	Gesamtschule, Gymnasium	Berlin	Integrierte Sekundarschule (ISS)	Gemeinschaftsschule, Gymnasium
Hessen	Mittelstufenschule	Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule	Bremen	Oberschule	Gymnasium
Niedersachsen	Oberschule	Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule	Hamburg	Stadtteilschule	Gymnasium
Sachsen	Mittelschule	Gesamtschule, Gymnasium	Nordrhein-Westfalen	Sekundarschule	Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule
Sachsen-Anhalt	Sekundarschule	Gesamtschule, Gymnasium	Rheinland-Pfalz	Realschule plus, führt normaler Weise nur zur Fachhochschulreife	Gymnasium, Gesamtschule, auch Hauptschule und Realschule
Thüringen	Regelschule	Gesamtschule, Gemeinschaftsschule, Gymnasium	Saarland	Gemeinschaftsschule	Gymnasium
			Schleswig-Holstein	Gemeinschaftsschule	Gymnasium sowie Regionalschule, die nur zu mittleren Abschlüssen führt

Die zweigliedrige Mittelschullösung besteht in den 5 Neuen Ländern sowie noch im Saarland. Sie ist in diesen Ländern in den 90er Jahren geschaffen worden – in Mecklenburg-Vorpommern später.

Die zweigliedrige Mittelschullösung wird zunehmend von der CDU übernommen. So ist das Zwei-Wege-Modell des CDU-Parteivorstands eine Mittelschullösung, schießt allerdings die Option der Oberschullösung nicht aus. CDU-FDP-Koalitionen wie in Hessen und in Niedersachsen intendieren zur Mittelschullösung. Bei anderen Koalitionen ist die CDU allerdings auch zu einer Oberschullösung bereit.

Die zweigliedrige Mittelschullösung ist gesellschaftlich nicht leicht durchzusetzen, denn die vertikale Zweigliedrigkeit bedeutet für die Realschule keine Aufwertung. Vielmehr sehen ihre Anhänger bei der Zusammenführung mit der Hauptschule eine Abwertung der Realschule. Die Mittelschullösung konnte in den neuen Ländern dennoch realisiert werden, da es hier entweder keine oder nur eine kurze Tradition der Dreigliedrigkeit gegeben hat. Im Saarland basierte die Mittelschullösung auf einem parlamentarischen Schulfrieden, da das Auslaufen der Hauptschule eine Verfassungsänderung erforderlich machte.

In der hessischen CDU gibt es Widerstand gegen das Zwei-Wege-Modell des CDU-Bundesvorstandes. Gleichzeitig will die hessische CDU-FDP-Koalition mit der Errichtung von Mittelschulen eine zukunftsfähige Perspektive für das gegliederte Schulwesen schaffen. Schule und Schulträger können die Haupt- und Realschule zur Mittelschule zusammenfassen.³ Die Chancen der Mittelschule stehen nicht schlecht, denn die Hauptschule ist in Hessen sehr geschwächt und existiert fast nicht mehr isoliert. Sie wird nur noch von 12 % der Achtklässler besucht und zu 85 % nur noch in kooperativen Gesamtschulen oder im Verbund mit einer Realschule angeboten.

Im Gegensatz zur hessischen steht die niedersächsische CDU zum Zwei-Wege-Modell des CDU-Vorstandes. Die Schulträger können gesetzlich die Haupt- wie Realschule zugunsten der Mittelschule aufheben, die auch einen gymnasialen Bildungsgang enthalten kann. Die Umwandlung von Hauptschulen wird wohl mittelfristig gelingen, da sie als Mittelschule aufgewertet wird. Die Realschulen werden sich indes gegen eine Umwandlung sperren, sofern kein gymnasialer Bildungsgang vorgesehen wird. In Niedersachsen wird es daher wohl für längere Zeit zu einer modifizierten Zweigliedrigkeit mit Gymnasium und zwei parallelen Mittelschultypen – der Realschule und der Mittelschule – kommen.

DIE OBERSCHULLÖSUNG DRINGT NACH VORN

In mehreren Ländern kommt es seit 2008 zur zweigliedrigen Oberschullösung. Sie wurde häufig durch die SPD- bzw. Grünenfraktionen in den jeweiligen Koalitionsverträgen durchgesetzt. Ihre Einführung gelang ohne größere politische oder gesellschaftliche Konflikte, oft war die CDU in die Reform eingebunden.

- In Bremen gelang die Einführung der Oberschullösung auf Grund eines fünfjährigen Schulfriedens zwischen SPD, CDU und Grünen.
- In Hamburg wurde die Oberschullösung von einer Enquete-Kommission der Bürgerschaft empfohlen, von der schwarz-grünen Regierung beschlossen und nach Modifikationen von allen

³ Hessische Landesregierung, Newsletter 28.2.2010

Bürgerschaftsfraktionen getragen. Es gab eine erfolgreiche Volksinitiative gegen die Schulreform; diese richtete sich aber nur gegen die sechsjährige Primarschule sowie das eingeschränkte Elternrecht, nicht aber gegen die Oberschullösung, die inzwischen realisiert wurde.

- In Berlin forderte zunächst die CDU die Oberschullösung, so dass die rot-rote-Regierung deren Umsetzung ohne nennenswerten politischen Widerstand realisieren konnte.
- Im Saarland setzten die Grünen in der Koalitionsvereinbarung mit CDU und FDP die Umwandlung der Mittelschullösung in eine Oberschullösung für 2012 durch. Die notwendige Verfassungsänderung kam mit Unterstützung der Partei der Linken zustande.

Varianten der zweigliedrigen Oberschullösung bestehen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.

In Rheinland-Pfalz gibt es neben dem Gymnasium und der Gesamtschule die Realschule plus. Diese ist eine Schule der Sekundarstufe I, umfasst aber auch den gymnasialen Bildungsgang und kann im organisatorischen Verbund mit einer Fachoberschule zur Fachhochschul- und ggf. zur Hochschulreife führen. Dem Gymnasium stehen damit in Rheinland-Pfalz zwei integrativ arbeitende Schultypen gegenüber. Bei ihrer Durchsetzung gegenüber dem Gymnasium werden sie sich eher gegenseitig schwächen, längerfristig ist mit ihrer Zusammenlegung zu rechnen.

In Schleswig-Holstein gibt es außer dem Gymnasium die Oberschule sowie als Kompromiss mit der CDU die Mittelschule. Die Erwartungen der Landes-CDU gegenüber der Mittelschule haben sich nicht erfüllt; es bestehen neben den 99 Gymnasien 135 Oberschulen und nur 65 Mittelschulen. Diese werden sich längerfristig nicht halten. Schon jetzt werden sie völlig unterschiedlich angeboten. Auf fünf Oberschulen kommen in einem Landkreis 15 Mittelschulen, in einem anderen nur eine. Obwohl die Mittelschule die durchschnittlich geringste Jahrgangsbreite hat, stellt sie nur gut 20 % aller Schulen der Sekundarstufe I. Damit ist sie schon jetzt eine Restschule. Der Mittelschule hilft zudem nicht das Monopol als Pflichtschule, denn diese Funktion hat auch die Oberschule. Die Attraktivität der Mittelschule wird weiter zurückgehen, denn die Eltern werden zunehmend eine Oberschule wählen, die ihren Kindern alle Abschlüsse offenhält. Damit wird sich die Oberschullösung längerfristig in Schleswig-Holstein durchsetzen.

AUCH DIE ANDEREN STRATEGIEN FÜHREN ZUR ZWEIGLIEDRIGKEIT

Damit haben fünf Bundesländer reine Mittelschullösungen und in zwei weiteren wird es zur Mittelschullösung kommen; die Oberschullösung besteht in den drei Stadtstaaten, im Saarland ist sie im Entstehen und zwei Bundesländer haben Varianten der Oberschullösung.

Es verbleiben drei Bundesländer. Sind von diesen Ländern andere Reformstrategien zu erwarten?

- Von Bayern in der jetzigen Regierungskonstellation sicher nicht. Es ist das einzige Land, das an der Dreigliedrigkeit festhalten will. Doch gleichzeitig baut es leistungsfähige Hauptschulen zu „Mittelschulen“ um, und der Koalitionsvertrag mit der FDP sieht Kooperationsmodelle zwischen Haupt- und Realschule vor. Selbst ein CSU-geführtes Bayern bewegt sich vorsichtig, behält aber den

ideologischen Überbau für eine veränderte Praxis bei. Auch ein Regierungswechsel würde aus Bayern kaum einen Pionier schulischer Strukturreformen machen.

Es verbleiben die Länder Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Diese wollen integrative Schulen unter Beibehaltung der Dreigliedrigkeit ausbauen.

- In Nordrhein-Westfalen war die Hauptschule in der Verfassung abgesichert. Diese konnte nur zusammen mit der CDU geändert werden. Bei dem mit der CDU vereinbarten 12-jährigen Schulfrieden kann jetzt der Schulträger auf die Hauptschule zugunsten integrativer Schulen verzichten. Diese werden in zwei Formen angeboten: als Gesamtschule und als Oberschule. Eine rot-grüne Landesregierung wird während des 12-jährigen Schulfriedens im günstigen Fall erreichen, dass die Kommunen Haupt- und Realschulen zugunsten von Oberschulen und Gesamtschulen aufgeben. Faktisch kann es dann in Nordrhein-Westfalen zu einer Oberschullösung kommen. Eine weitergehende Reform ist wegen der Verfassungsgarantie für ein gegliedertes Schulsystem auf längere Sicht ausgeschlossen. Eine Vorreiterrolle für eine gemeinsame Schule für alle wird Nordrhein-Westfalen nicht einnehmen.
- In Baden-Württemberg geht die grün-rote Regierung in dieser Legislaturperiode sehr behutsam vor. Sie will einzig die Oberschulen gesetzlich verankern und auf Antrag der Schulträger errichten. Doch wegen der breiten Rebellion der Hauptschulleiter von 2007 dürfte ein Reformdruck bei der Basis entstehen. Schrittweise dürfte es zu einer zweigliedrigen Oberschullösung kommen. Weder bei dieser noch erst recht nicht bei anderen Regierungskonstellationen ist zu erwarten, dass Baden-Württemberg Schrittmacher für weiterreichende Strategien wird.

So wird es im optimalen Falle auch in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen zur zweigliedrigen Oberschul-Lösung kommen.

Die gemeinsame Schule für alle hat in den meisten Ländern schon jetzt keine Chance mehr, wenn nicht die Zweigliedrigkeit überwunden wird. Auch in weiteren Ländern wird sie zum Ausgangspunkt für Strategien, die gemeinsame Schule für alle zu verwirklichen.

DIE ZWEIGLIEDRIGKEIT BEENDET NICHT DIE STRUKTURREFORMEN

DIE ZWEIGLIEDRIGE MITTELSCHULLÖSUNG IST INSTABIL

Nicht wenige Gesamtschul-Anhänger befürchten, dass sich die Zweigliedrigkeit konsolidiert: Die Konservativen könnten sie ideologisieren, und das Engagement der Reformer für eine gemeinsame Schule für alle könnte erlahmen. Doch die Zweigliedrigkeit hat keine stabile Struktur; mit ihr endet nicht die Schulreform.

Am stärksten trifft dies für die Mittelschullösung zu. Sie ist ein instabiles System. Viele Eltern werden sich nicht damit abfinden, dass ihren Kindern die Chance zu qualifizierten Abschlüssen mit dem Übergang aus der Grundschule deutlich erschwert wird. Die Instabilität zeigt sich schon jetzt:

- So ging der Schulbesuch der Mittelschule in den vier Ländern Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in nur 8 Jahren von 2001 bis 2009 um über 9 %-Punkte⁴ zurück. In diesen Ländern besuchen nicht einmal 50 % der Achtklässler eine Mittelschule. Sie ist schwächer als Haupt- und Realschule gemeinsam in Ländern mit einer Dreigliedrigkeit. Bei der Mitterschullösung drängen Eltern stärker als bei der Dreigliedrigkeit auf das Gymnasium.
- Da sich das Gymnasium nicht für alle Bildungswilligen öffnet, gibt es einen gesellschaftlichen wie politischen Druck auf weitergehende Maßnahmen. Schon jetzt gibt es keine reine zweigliedrige Mitterschullösung. Vielmehr wird die zweigliedrige Vertikalität durch die Gesamtschule herausgefordert. In allen betroffenen Ländern existiert neben Gymnasium und Mittelschule die Gesamtschule. Auch in Hessen und Niedersachsen bleibt es unabhängig von der avisierten Mitterschullösung bei der Gesamtschule.
- Die Politik reagiert schon auf die Schwächung der Mitterschullösung. Zwei Strategien zeichnen sich ab:
 - In den neuen Ländern werden – abgesehen von Sachsen - die Gesamtschulen ausgebaut. Der Konkurrenz der Gesamtschule wird die Mittelschule längerfristig nicht standhalten, sie wird in eine Oberschule umgewandelt werden.
 - Am weitesten geht das Saarland. Es stellt die Mitterschullösung auf die Oberschullösung um.
 - Eine alternative Strategie plante die SPD in Mecklenburg-Vorpommern: Nachdem dort 2006 die integrierte Orientierungsstufe geschaffen wurde, sah das Landtagswahlprogramm von 2011 eine achtjährige gemeinsame Schule vor, die in der großen Koalition nicht durchsetzungsfähig war.
- Erstaunlicher Weise vollzieht jetzt auch der CDU-Bundesvorstand eine schulpolitische Wende. Nach fast vier Jahrzehnten gibt er die Dreigliedrigkeit und die Konfrontation gegenüber der Gesamtschule auf. In dem Leitantrag für den CDU-Parteitag bekennt er sich zum Zwei-Wege-Modell. Er akzeptiert darüber hinaus auch integrative Systeme - neben funktionierenden Haupt- wie Realschulen.

DIE OBERSCHULLÖSUNG ÜBERWINDET VERTIKALE ELEMENTE

Nicht wenige Gesamtschulanhänger befürchten, dass die Oberschullösung den Reformdruck beenden und die gemeinsame Schule für alle verhindern könnte. Die befürchteten Folgen sind unwahrscheinlich.

Manche vertikale Elemente widersprechen der Oberschullösung unmittelbar, andere verlieren mittelbar ihre Begründung.

Unmittelbar obsolet werden die Unterschiede zwischen den Lehrämtern innerhalb der allgemeinbildenden Sekundarstufe I und II. Enthalten beide Schulformen den gymnasialen Bildungsgang und führen beide zur Hochschulreife, dann lassen sich unterschiedliche Studiengänge, ungleiche Besoldung und abweichende Stundenverpflichtung nicht mehr begründen. Diese lassen sich politisch und wohl auch rechtlich nicht lange aufrechterhalten.

⁴ Bei der Statistik wurden Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern nicht berücksichtigt. Brandenburg entfällt wegen der Umwandlung von Gesamtschulen ohne gymnasiale Oberstufe in Mittelschulen, und Mecklenburg-Vorpommern hatte erst 2002 mit der Umwandlung von Haupt- und Realschulen in Mittelschulen begonnen.

Tatsächlich ziehen schon jetzt zwei Bundesländer die Konsequenzen für die Lehrerbildung. In Bremen gibt es seit dem Lehrerausbildungsgesetz 2010 für Oberschule und Gymnasium nur noch eine einheitliche Bachelor/Master-Ausbildung und ein einheitliches Referendariat. Nordrhein-Westfalen plant darüber hinaus eine einheitliche Ausbildung für alle Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen. Damit entfallen künftig auch die Unterschiede in Besoldung und Stundenverpflichtung nach Schulformen.

Andere Länder mit einer Oberschule, die eine eigene gymnasiale Oberstufe führt, werden folgen. Damit wird sich die einheitliche Ausbildung aller Lehrkräfte durchsetzen, die seit der Gründung des Deutschen Lehrervereins – dem Vorläufer der GEW – vor hundertundvierzig Jahren gefordert und bisher in der Bundesrepublik nie verwirklicht wurde. Dieses Element eines integrativen Schulsystems wird damit schon bei der Oberschullösung vorweggenommen.

Auch andere konstitutive Elemente des Vertikalsystems werden obsolet. Das Vertikalsystem besteht aus verschiedenen Schulformen ungleicher Dauer mit unterschiedlichen Abschlüssen und Berechtigungen. Das ideologische Fundament für das vertikale Schulsystem war die Ungleichheit der Bildungsgänge. Die KMK verpflichtete die Gesamtschule darauf, die unterschiedlichen Bildungsgänge in Form von Fachleistungs- und Abschlussdifferenzierung abzubilden. Auch dieses Fundament wird aufgebrochen. In Baden-Württemberg soll den Gesamtschulen freigestellt werden, ob sie eine äußere oder innere Differenzierung wählen. Andere Länder gehen weiter, indem sie die Oberschule nicht mehr auf die traditionellen Bildungsgänge ausrichten. Behutsam ist Nordrhein-Westfalen, das die Oberschulen an den neu zu entwickelnden Lehrplänen der Realschule und der Gesamtschule orientieren will. Schleswig-Holstein dagegen sieht nur noch einen „gemeinsamen Bildungsgang ohne Zuordnung zu unterschiedlichen Schularten“ vor. Weiter gehen Bremen und Hamburg: Hier erhält die Oberschule gesetzlich den gleichen Bildungsauftrag wie das Gymnasium. Damit entfällt die Begründung für eine äußere Differenzierung. Sie wird auch in mehreren Ländern den Oberschulen nicht mehr vorgeschrieben.

So endet ein Jahrzehnte langer Kampf von Gesamtschulanhängern. Die Oberschule schafft, was die Gesamtschule nur in Einzelfällen erreicht hat: sie muss sich in mehreren Ländern nicht mehr diesen Vorgaben des Vertikalsystems anpassen. Die Oberschullösung führt von sich aus zu Vereinheitlichungen, für welche die Gesamtschule gekämpft hatte, die sie in Auseinandersetzung mit der Dreigliedrigkeit nicht schaffen konnte.

Nicht nur die Oberschule passt sich mit Bildungsgang und Abschlüssen dem Gymnasium an, vielmehr sehen mehrere Länder für das Gymnasium Gesamtschul-Prinzipien vor: In Rheinland-Pfalz sollen Sitzenbleiben und die Abschlüsse deutlich eingeschränkt, in den drei Stadtstaaten fast völlig aufgehoben werden. Die Abschlüsse möglichst weitgehend zu beschränken, ist auch um der Oberschule willen erforderlich, denn abgeschulte Jugendliche sind eine der größten Belastungen für die aufnehmende Schule. Insgesamt kommt es also bei der Oberschullösung zu einer schrittweisen Konvergenz zwischen Oberschule und Gymnasium.

Das gleiche Abschlussziel wie das Gymnasium, aber ein umfassender gesellschaftlicher Auftrag bedeutet für die Oberschulen, dass sie unter erschwerten Bedingungen gegenüber dem Gymnasium zu arbeiten haben. Sie tragen die Hauptlast der sozialen, ethnischen und sonderpädagogischen Integration. Dies verlangt, dass die Oberschulen vergleichsweise besser auszustatten sind.

In den Stadtstaaten und Nordrhein-Westfalen werden die Oberschulen vornehmlich, in Berlin generell als Ganztagschulen ausgebaut, und in Baden-Württemberg wird die Gesamtschule eine gebundene Ganztagschule. Zudem erhalten die Oberschulen zumeist Zuschläge zur Ausstattung je nach der sozialen, ethnischen und sonderpädagogischen Ausgangslage.

AUCH DIE OBERSCHULLÖSUNG STEHT UNTER REFORMDRUCK

Zwar ist die Oberschullösung stabiler als die Mittelschullösung, aber auch sie ist nicht beständig. Sie besteht aus zwei Schulformen. Sie haben das gleiche Ziel, aber unterschiedliche Startbedingungen. Die eine Schulform ist selektiv, die andere Pflichtschule. Die eine kann abweisen, die andere hat zu fördern. Diese trägt – wie gesagt – vor allem die Last der sozialen, der ethnischen und der sonderpädagogischen Integration. Das Fundament der Oberschullösung ist eine Systemungerechtigkeit. Da die Oberschule auch aus Eigeninteresse um ihren Erhalt kämpfen wird, besteht eine Systemkonkurrenz.

Die Befürchtung, die Oberschule würde sich mit der Zweigliedrigkeit abfinden, ist unwahrscheinlich. Zwar hängt der Reformelan der neuen Oberschulen auch deutlich von den Startbedingungen, einer engagierten Lehrerschaft und einer weiteren Begleitung ab, doch die Ungleichheit wird die Oberschulen herausfordern. Mit großer Wahrscheinlichkeit tragen viele Oberschulen den Reformgeist der Gesamtschulen weiter. Eine Oberschule in Konkurrenz mit dem Gymnasium wird die Ungerechtigkeit eher deutlicher empfinden als eine Gesamtschule in Auseinandersetzung mit drei vertikalen Schulformen.

Die Gesellschaft wird zudem den Druck auf die Schule erhöhen, keinen Jugendlichen zurückzulassen, alle Schüler/innen mit sozialen, ethnischen oder sonderpädagogischen Benachteiligungen zu fördern und viel mehr Jugendliche zum Studium zu befähigen. Der Druck wird vor allem auf die Oberschule ausgeübt, sie wird ihre Benachteiligung gegenüber dem Gymnasium nicht einsehen.

DIE OBERSCHULEN WERDEN DIE KONKURRENZ BESTEHEN

Manche Anhänger der gemeinsamen Schule für alle befürchten, dass die Oberschule der Konkurrenz des Gymnasiums nicht standhalten kann. Doch diese Furcht scheint eher unberechtigt.

Die beiden Schulformen basieren auf unterschiedlichen Wertvorstellungen. Das Gymnasium als die letztverbliebene Schulform der Vertikalität steht für pädagogische Skepsis und gesellschaftliche Ausgrenzung: Jugendliche dürfen wegen Leistungsschwächen negativ bewertet, von höheren Abschlüssen ausgeschlossen werden und schulisch scheitern. Dagegen verleiht ein erfolgreicher Gymnasialbesuch einen höheren Bildungs- und gesellschaftlichen Status und trägt damit zur gesellschaftlichen Ungleichheit bei.

Bei den Oberschulen wird es sicher viel Frust über die Schwere der Aufgabe geben. Dennoch – wie bei den Gesamtschulen – wird immer wieder auch bei den Oberschulen Genugtuung und Freude bei Lehrkräften, Eltern und Jugendliche entstehen,

- dass Schülerinnen und Schülern qualifizierte Abschlüsse erreicht haben,
- dass sie begabt und befähigt wurden,

- dass Benachteiligte gefördert werden konnten und
- dass sozial gelernt wurde.

Ein integratives System fördert pädagogische und soziale Einstellungen und die Bereitschaft, daraus pädagogische Konsequenzen zu ziehen. Die Überlegenheit der Idee zeigt sich auch in der Praxis.

- PISA 2009 hat für die OECD-Staaten die Überlegenheit des Integrationssystems nachgewiesen: Je später ein Schulsystem die Schülerschaft in ungleiche Schulformen aufteilt und je weniger Schulformen parallel existieren, desto besser für alle. Dann wird nicht nur sozial und ethnisch deutlich besser gefördert, sondern es werden zugleich bessere durchschnittliche Leistungen erreicht, weniger Schüler/innen zählen zur Risikogruppe und mehr Jugendliche gehören zur Spitze. Selbst die Leistungen in sozial benachteiligten gegenüber sozial bevorzugten Schulen unterscheiden sich bei später Trennung in Schulformen nicht.⁵
- Auch in Deutschland haben Integrationskonzepte ihre Leistungsfähigkeit in Konkurrenz zum vertikalen Schulaufbau gezeigt: Die Gesamtschulen standen mindestens unter einem vergleichbaren Druck wie die Oberschulen. Zwar war ihre Schülerzusammensetzung wegen der Existenz von Hauptschulen teilweise ausgeglichener als an manchen Oberschulen, dafür aber war ihre Belastung durch die Konfrontation und die Diffamierung einmalig hart. Trotz dieser Bedingungen blieben in den Gesamtschulen weniger Jugendliche sitzen, weniger mussten die Schule abbrechen und deutlich mehr Schülerinnen und Schüler erreichten höhere Abschlüsse. Und in vielen Bundesländern wuchs die Anmeldung, je mehr Gesamtschulen errichtet wurden.
- Nicht wenige Gesamtschulen haben die Möglichkeiten der Vielfalt als Chance genutzt und überzeugende Praxis gezeigt. Manche gehören zu den besten Schulen des Landes. Keine andere Schulform stellt so viel Preisträgerschulen wie die Gesamtschulen, dabei sind Gesamtschulen die bundesweit am geringsten verbreitete allgemeine Schulform.
- Was die integrativen Systeme im Ausland und die Gesamtschulen im Inland geleistet haben, das sollte auch den Oberschulen möglich sein. Zwar erben die Oberschulen teilweise vorhandene pessimistische und resignative Einstellungen bei Haupt- und Realschulen. Aber es gab auch einen für die deutsche Schulgeschichte einmaligen Widerstand bei den Hauptschulen gegen deren Stellung in der Dreigliedrigkeit, so in Berlin, in Baden-Württemberg und in Bayern.
- Die Einführung der Oberschullösung war wenigstens zum Teil mit einer Aufbruchsstimmung verbunden.
- Mit der Oberschullösung wird die Oberschule die häufigste und regional ausgewogenste Schulform. Sie haben oft den Vorteil des Standortes und der Bekanntheit.

⁵ J. Lohmann, Gibt es ein gerechtes Schulsystem? http://www.ggg-bund.de/index.php?option=com_content&view=article&id=311:gibt-es-ein-gerechtes-schulsystem&catid=37:ggg-bund-aktuell&Itemid=59

- Die ersten Erfahrungen mit der Oberschule ermutigen, zum Beispiel in Berlin: Umfasste die Hauptschule bisher fast ausschließlich Hauptschulempfohlene, so kommt es in der Berliner Oberschule zu einer erfreulichen Mischung. Dies gelingt, obwohl fast die Hälfte der 42 neu gebildeten Oberschulen nur aus Hauptschulen entstanden ist, etwas mehr als die Hälfte durch Integration von Haupt- und Realschule bzw. durch Umwandlung von Realschulen. Jetzt haben 27 dieser 42 Oberschulen mehrheitlich mindestens Realschul-Empfohlene, bei 15 sind es noch mehrheitlich, aber nicht mehr fast ausschließlich Hauptschul-Empfohlene. Dabei hatte der Senat die Anmeldung sowohl zu den Oberschulen als auch zu den Gymnasien freigegeben. Mit der Einführung der Oberschule brach auch der Trend zu stetig steigenden Übergängen auf das Gymnasium ab.
- Wie groß die Chance der Oberschulen ist, zeigt Bremen. Hier entstanden die Oberschulen aus der Umwandlung von Schulzentren unter Einbezug ihrer gymnasialen Zweige. Den Oberschulen ist es gelungen, nicht nur potentielle Haupt- und Realschüler der Schulzentren weiter an sich zu binden, sondern auch potentielle Schüler/innen des Gymnasialzweiges. Die Oberschule kann also Gymnasialanhänger für sich gewinnen. Die Bremer Oberschulen erreichten eine Übergangsquote von 80 %. Dieser kaum für möglich gehaltene Erfolg ist auch dem Bremer Schulfrieden zu verdanken, der eine Verunsicherung der Eltern durch eine politische Konfrontation vermied.

Wenn die Oberschule in Bremen sogar Gymnasialanhänger gewinnen kann, umso mehr muss es ihr in allen Bundesländern möglich sein, mindestens das bisherige Haupt- und Realschul-Klientel dauerhaft an sich zu binden, da sie ihnen ja bessere Förderung und mehr Aufstiegschancen anbietet. Bei der Oberschullösung kann eine überzeugende Politik der Oberschule das Schicksal der Restschule verhindern. Dies verlangt eine Kompensation der Oberschule dafür, dass sie vor allem die soziale, ethnische und sonderpädagogische Integration von Jugendlichen zu leisten hat.

POLITIK IST DIE BEDINGUNG FÜR DIE GEMEINSAME SCHULE FÜR ALLE

Die Oberschule kann zwar Terrain gegenüber dem Gymnasium gewinnen, es mag auch zu Gymnasialschließungen im ländlichen Raum führen, aber ein breites Gymnasialangebot wird bestehen bleiben. Von unten wird es nicht zu einer flächendeckenden gemeinsamen Schule für alle kommen. Dazu braucht es gesellschaftliche Unterstützung und die Entscheidung der Politik.

Nun sind viele Gesamtschul-Anhänger von der Politik enttäuscht. Sie hatten von ihr entschiedenere Schritte auf dem Weg zur gemeinsamen Schule für alle erwartet. Dazu selbst einer linken Politik geht es nicht nur um die Durchsetzung ihrer Ziele, sondern auch um Gewinn und den Erhalt von Macht, auf den die Ziele auch angewiesen sind, um nicht wieder bei einem Machtverlust aufgehoben zu werden..

Die linken Parteien haben sich zwar in der Vergangenheit mehr oder weniger defensiv zur gemeinsamen Schule für alle bekannt. Doch der Schritt vom vertikalen Schulaufbau zur gemeinsamen Schule für alle war zu groß. Die Schwäche dieser Parteien und vieler gesellschaftlichen Kräfte lag lange Zeit in einer fehlenden Strategie und in der Ablehnung von Zwischenschritten.

Theoretisch gesehen gibt es drei Strategiekonzepte:

- die Integration in einem Schritt,
- die schrittweise Integration bzw.
- die Konvergenzstrategie

Nicht wenige Gesamtschul-Anhänger⁶ hatten in Hamburg gehofft, die gemeinsame Schule für alle auf einen Schlag einführen zu können. Doch Hamburg hat gezeigt, dass dies mehr als unrealistisch ist. Die Hamburger Volksinitiative „Eine Schule für alle“ scheiterte klar schon an der zweiten von drei Stufen des Volksbegehrens, während das Bürgerbegehren gegen die sechsjährige Primarschule in Hamburg die dritte Hürde klar für sich entschied.

Eine schrittweise Integration bei der jetzigen Divergenz zwischen dem Gymnasium und der Mittelschule bzw. der Oberschule ist kaum realistisch. Im Osten erscheint diese Strategie am ehesten denkbar. Mecklenburg-Vorpommern ist dies 2006 mit der Einführung einer integrierten Orientierungsstufe gelungen.⁷ Das SPD-Landtagswahlprogramm sah eine achtjährige gemeinsame Schule für alle vor, es war in der Koalition mit der CDU nicht durchsetzbar. Ob sie gesellschaftlich mit einer CDU als Opposition zu verwirklichen gewesen wäre, bleibt offen. Andere östliche Flächenländer setzen auf die Gründung weiterer Gesamtschulen und damit eher auf eine Oberschulstrategie. In Westdeutschland stößt eine schrittweise Integration bei der bestehenden Divergenz zwischen den Schulformen auf größten Widerstand. So ist die Grundschul-Verlängerung in Hamburg trotz überfraktioneller Einigkeit an einem Volksentscheid deutlich gescheitert. Im Saarland ist die Koalitionsvereinbarung mit einer fünfjährigen Grundschule nach dem Hamburger Ergebnis zu den Akten gelegt worden.

Die Konvergenzstrategie verbleibt zurzeit als fast einzige realistische Strategie, die allerdings eine Kompensation für die besondere Belastung der Oberschule verlangt. Zu Schritten einer Konvergenz gehören die Aufhebung unterschiedlicher Bildungsgänge, die Abschaffung unterschiedlicher Abschlüsse zugunsten eines einheitlichen mittleren Abschlusses sowie die Beseitigung unterschiedlicher Lehrerlaufbahnen, Vergütungsregelungen und Stundenverpflichtungen für die Lehrkräfte der allgemeinbildenden Sekundarstufe I und II. Die Oberschule sollte auch im öffentlichen Ansehen durch attraktive Namensgebung weiter gefördert werden, sie sollte zum neuen, zum Gemeinschaftsgymnasium entwickelt werden. Zur Konvergenzstrategie gehörten auch weitergehende pädagogische Auflagen an das Gymnasium. Beim Gymnasium sollte bei hinreichender Kapazität alle angemeldeten Kinder aufgenommen, bei zu starker Nachfrage ein Teil der Plätze per Los vergeben⁸ und das Sitzenbleiben und die Abschulung aufgehoben werden.⁹ Mit einer weitgehenden Angleichung der beiden Schulformen ist dann auch der Öffentlichkeit vermittelbar, dass die Schulformtrennung aufgegeben werden kann. Schon jetzt sieht es so aus, dass sich ein Teil der Gymnasien dem Weg der Konvergenz nicht verschließt.

⁶ D. Weiland, Was sagt uns das Scheitern der Schulreform in Hamburg?, in GGG-Journal, 2/2011, S. 9f.

⁷ Von daher wäre eine Grundschul-Verlängerung sinnvoller gewesen als eine separate integrierte Orientierungsstufe, die zu mehrfachen Klassen- und Schulwechsel in nur zweijährigem Abstand führt.

⁸ So die gesetzliche Regelung in Berlin.

⁹ So unterschiedlich weitgehend in den drei Stadtstaaten.

SCHRITTE FÜHREN ZUR GEMEINSAME SCHULE FÜR ALLE

Für eine solche Strategie müßten die Gewerkschaften, sozialen Verbände und ethnische Gruppen gewinnbar sein, selbst die Wirtschaft dürfte mindestens eine weitere Aufwertung der Oberschule mittragen.

- So wird die Wirtschaft zunehmend von den Oberschulen erwarten, die Abiturientenquote zu steigern, um den Akademikerbedarf zu decken. Auch bei vielen Eltern hängt die Attraktivität der Oberschule an den Abiturchancen für ihre Kinder.
- Linke und linksliberale gesellschaftliche Kreise werden auf die sonderpädagogische, soziale und ethnische Integration drängen. Sie werden darin von Behindertenorganisationen, Gewerkschaften, ethnischen Gruppen sowie von ausländischen Staaten unterstützt werden.
- Die Oberschulen werden darauf drängen, dass die Integrationsaufgabe auch eine Aufgabe des Gymnasiums wird, und sie werden für die stärker betroffenen Schulen eine verbesserte Ausstattung verlangen.
- Unterstützung werden die Oberschulen in den linken Parteien finden. Diese werden immer wieder darauf gestoßen, dass Bildung am wichtigsten ist, um mehr Gerechtigkeit und Gleichheit in der Gesellschaft durchzusetzen und dass dazu die Überwindung der verschiedenen Schulformen erforderlich ist.

Die zweigliedrige Oberschullösung erscheint nur auf den ersten Blick als ein stabiles Parallelsystem, tatsächlich handelt es sich um ein instabiles Konkurrenzsystem. Die Oberschullösung ist vielmehr ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur gemeinsamen Schule für alle.

Die gemeinsame Schule für alle ist durchsetzbar, und sie wird auch kommen. Die Zeitspanne ist offen. Ob dazu eine längere Zeit der gesellschaftlichen Anerkennung der Oberschule und ihrer wissenschaftlichen Überprüfung vorangehen muss, ist fraglich. Wahrscheinlicher ist, dass die Globalisierung die Ausschöpfung aller Begabungen forciert, die internationalen Vergleiche die Schwächen auch der zweigliedrige Oberschullösung offenlegen und die gesellschaftliche und politische Linke wegen der zunehmenden sozialen Gegensätze auf einer weitgehenden Chancengleichheit besteht. Diesen Zwängen wird die zweigliedrige Oberschullösung längerfristig nicht standhalten.